

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Anke Frieling, Andreas Grutzeck, Richard Seelmaecker,
Ralf Niedmers, Dennis Gladiator (CDU) und Fraktion**

Betr.: Umgang mit gewerblichen Mietern – städtische Unternehmen doch kein Vorbild?

In einer Pressemeldung des ZIA anlässlich des Hamburger FAIRMietappells im November 2020 lässt der Hamburger Finanzsenator unter anderem mit der Bemerkung zitieren, dass bei der Gewerbevermietung in der Corona-Zeit besondere Fairness gefragt sei. Die gewerbliche Immobilienwirtschaft (in diesem Fall vertreten durch den ZIA) hatte sich mit dem Einzelhandelsverband HDE auf einen Verhaltenskodex für den Fall staatlich verordneter Betriebsschließungen geeinigt. Dabei wurde im Punkt 9 als Richtschnur eine Mietreduzierung um 50 Prozent für den Schließungszeitraum und ein geringerer Wert für die folgenden drei Monate vereinbart. Da jeder Einzelfall anders gelagert ist, sind die Vertragsparteien gefordert, einvernehmlich individuelle Lösungen zu finden, sodass die Lasten von beiden Seiten geschultert werden.

Im Punkt 10 wird festgehalten, dass „mit dieser Empfehlung (...) dem Umstand Rechnung getragen (wird), dass ein uneingeschränktes Festhalten an den vereinbarten Mietverträgen angesichts der bestehenden Ausnahmesituation unangemessen wäre und den Mietern nicht zugemutet werden könnte.“

Viele Gewerbliche Vermieter und Mieter haben unter Anlehnung an den Verhaltenskodex Vereinbarungen zur Mietreduzierungen in der aktuellen Lage getroffen. Auch die SAGA Unternehmensgruppe hat in ihrem Bestand gewerblich vermietete Einheiten. Nun werden aber Fälle bekannt, die keinerlei Bereitschaft der SAGA zu Mietreduzierungen erkennen lassen. Den Mietern werden Mietstundungen angeboten, was für diese nur eine höhere Verschuldung in schwierigen und ungewissen Zeiten bedeutet. Alternativ könne auch die Kautions zur Mietzahlung eingesetzt werden, diese müsse aber schnellstmöglich wieder aufgefüllt werden. Auch dies ist kein Angebot, das in der jetzigen Zeit weiterhilft. Auch die SAGA muss in diesen schwierigen Zeiten ihren Beitrag zur Bewältigung der Probleme beitragen.

Vor diesem Hintergrund beantragt die CDU-Fraktion, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die SAGA und alle anderen städtischen Immobilienunternehmen, die gewerbliche Einheiten vermieten, anzuweisen, sich an den Verhaltenskodex des Handels und der Immobilienwirtschaft zu halten und diese aufzufordern, individuelle Lösungen mit den gewerblichen Mietern zu vereinbaren, die die finanziellen Lasten gleichmäßig und angemessen verteilen;
2. der Bürgerschaft regelmäßig, erstmals zum 28.02.2021, zu berichten, ob und in welchem Ausmaß die entsprechenden städtischen Immobilienunternehmen Mietkürzungen/Konditionsveränderungen vornehmen.